

„Hütet Euch vor den Schmeichlern ...“



Friedrich Wilhelm I., 1713–1740



Friedrich II. (der Große), 1740–1786



Ludwig Erhard, 1897–1977

König Friedrich Wilhelm I. in Preußen:

Hütet Euch vor den Schmeichlern. Sie sind Eure größten Feinde. Die Euch aber die Wahrheit sagen, sind Eure Freunde. Man muß die wirtschaftlichen Unternehmen unterstützen, alsdann werdet Ihr sehen wie Eure Länder und Bürger in Wohlhabenheit kommen. Alles was Ihr kauft, müßt Ihr richtig bezahlen. Macht keine Schulden und gebt nicht mehr aus als Ihr einnehmt. Dann werdet Ihr sehen wie blühend und glücklich sich Euer Staat befinden wird.

König Friedrich II. (der Große) von Preußen:

Wenn das Land glücklich sein soll, muß es Ordnung in seinen Finanzen halten. Der Staatsschatz ist zu erhöhen, damit Reserven für Notfälle vorhanden sind. Eine Regierung muß solide Grundsätze haben und sich von diesen Grundsätzen niemals entfernen. Die Macht Preußens beruht nicht auf Bodenschätzen oder innerem Reichtum, sondern allein auf dem gewerblichen Fleiß seiner Bürger. Wenn der Herrscher alle Einnahmen ohne Rücksicht auf die Zukunft ausgibt, ist er kein Vater des Volkes, sondern ein Tyrann. Bauer, Bürger und Edelmann müssen den größten Teil ihrer Einkünfte selbst genießen und sie nicht mit der Regierung teilen müssen. Es ist falsch, wenn sich das Publikum einbildet, man könne durch großen persönlichen Aufwand Achtung erwerben. Ich habe niemals Ausschusssitzungen abgehalten, denn es gibt nichts Schädlicheres. Man muß außerdem darauf gefaßt sein, daß Menschen darunter sind, die hartnäckig auf ihrer Meinung bestehen und daß daraus mehr Nachteile als Vorteile entstehen. Ein Staatsdiener, der seine Aufgaben gut kennt, der sie erwägt und sie richtig einzuschätzen weiß, kommt allein viel weiter als mit all den vielen Reden und Protesten innerhalb von Gremien.

Wirtschaftsminister Ludwig Erhard:

Das wirtschaftliche Schicksal wird von dem Verhalten der Menschen bestimmt. Die Regierung muß daher auf die Hoffnungen, Ängste und Herzen der Menschen Einfluß zu gewinnen suchen. Wirtschaftliche Störungen, die wir oft erleben, basieren häufig darauf, daß Regierung und Menschen sich nicht der Maßstäbe für das Mögliche bewußt sind. Auch in der Marktwirtschaft ist

Sparen eine Tugend und kein Teufelszeug aus der Giftküche. Niemand kann über seine Verhältnisse leben, auch kein Volk, denn es kann nicht mehr verzehren, als es selbst an Waren erzeugt. Eine einheitliche Währung ohne einheitliche Politik bedeutet den Ruin der gesamten Volkswirtschaft. Ohne freie Wechselkurse ballen sich die Spannungen zwischen den Ländern so zusammen und türmen sich auf, daß eine Sonderregelung die andere ablösen muß. Die Bundesregierung muß entschlossen sein, den Staatshaushalt unter allen Umständen ausgeglichen zu halten. Das deutsche Volk hat die Tragik einer Inflation zu bewußt erlebt, als daß sich jemand freuen könnte, wenn der Staat zu viele Schulden aufnimmt. Der Verwaltungsapparat zehrt einen zu großen Teil unseres Sozialprodukts auf. Er muß daher verkleinert werden.

Deutschland

	Sozialprodukt (SP) Euro	Staatsausgaben Euro	Schulden Euro
2008	2,492 Billionen	1,086 Billionen	1,447 Billionen 58 % /SP
2009	2,407 Billionen	1,139 Billionen	1,636 Billionen 68 % /SP
2010	2,499 Billionen	1,164 Billionen	1,926 Billionen 77 % /SP

Beschäftigte im öffentlichen Dienst

2008	4.505.000
2009	4.547.000
2010	4.562.000

Sehr geehrte Frau Merkel und sehr geehrter Herr Schäuble,

der preußische König Friedrich II. (der Große) forderte von seiner Regierung solide Grundsätze. Erster Grundsatz war danach Sparsamkeit. Mit diesen Grundsätzen hat Preußen als Staat und Führungsmacht die Kraft entwickelt, Deutschland nach Jahrhunderten der Zersplitterung endlich zu einem einheitlichen Land zu einen.

Davon zehren wir noch heute. Diese Sparsamkeitsgrundsätze sind leider unserer Regierung und unseren Abgeordneten abhanden gekommen. Bescheidenheit und Sparsamkeit sind Zwillinge, sie gehören zusammen.

Während Europa von Griechenland bis Portugal unter unbezahlbaren Schulden stöhnte, erhöhten sich unsere deutschen Abgeordneten im Bundestag ihre Bezüge und Diäten. Es waren Abgeordnete aller Parteien.

Ein schlechtes Beispiel. Als im Jahre 1932 die Beamtengehälter aus wirtschaftlichen Gründen um 8 % reduziert werden mußten, sagte der damalige Reichspräsident, er unterschreibe das Gesetz nur dann, wenn sein Gehalt und das der Minister nicht um 8 %, sondern um 15 % gekürzt werden. Das, verehrte Frau Merkel, war vorbildlich.

Ludwig Erhard beanstandete schon damals den Umfang des deutschen Verwaltungsapparats. Trotzdem hat sein Finanzminister Schäffer einen Staatsschatz zurückgelegt, der nach heutiger Rechnung etwa 35 Mrd. Euro betragen hat. Das war Sparsamkeit!

Heute machen die Länder und der Bund nur Schulden. Und wenn mal weniger Schulden gemacht werden, spricht man schon vom Sparen. Fast 50 % beträgt der deutsche Staatsanteil am Sozialprodukt. 30 % wären angemessen, sagt der Internationale Währungsfonds. Das würde für Deutschland ein Sparpotential von rund 400 Mrd. Euro betragen. Schulden wären nicht mehr notwendig.

Aber wenigstens 10 % des Verwaltungsaufwandes bei Bund und Ländern sollte eingespart werden. Das wäre möglich, wenn die Abgeordneten einen ausreichenden Sparwillen besäßen. Dazu müßten zunächst die vielen Institutionen, Kommissionen, Ausschüsse, Berater, Beauftragte und wie die vielen staatlich alimentierten und auch unnötigen Einrichtungen sonst noch heißen mögen, abgeschafft werden. Es muß sich endlich ein klarer Sparwille durchsetzen. Sparsamkeit beginnt in den Köpfen.

Warum müssen unsere Minister 21 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch zwei Sitze haben: in Bonn und in Berlin? Mit 60.000 Flügen pro Jahr werden die öffentlich Beschäftigten hin und her geflogen. Für diese Geldverschwendung und Leistungsbehinderung gibt es bei den Wählern kein Verständnis. Warum müssen unsere Minister zwei Staatssekretäre haben? Warum reicht nicht einer aus? Sind die Minister nicht kompetent genug? Oder geht es um die Pfründen der Parteien? Es fehlt unserer politischen Klasse nicht an Sparmöglichkeiten, sondern nur am Sparwillen.

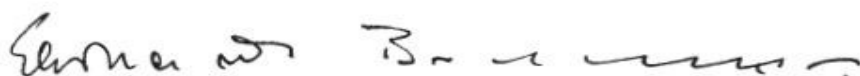
Im Jahre 2005 kündigte der jetzige Bundespräsident, damals noch Ministerpräsident von Niedersachsen, die jährliche Kultusministerkonferenz auf: sie sei zu teuer, zu wenig effizient und daher überflüssig. Wie recht hatte er. Trotzdem hat sich nichts geändert. Die Konferenz wird auch weiterhin abgehalten. Wollen die Ministerpräsidenten damit gegen ihre Überflüssigkeit demonstrieren.

Warum muß der Bundestag über 600 Abgeordnete haben. Die USA mit einer wesentlich größeren Bevölkerungszahl kommen mit 400 Abgeordneten aus.

Preußen-Deutschland stand in Bildung und Wissenschaft an der Spitze in der Welt. Das deutsche Bildungssystem wurde im Jahre 1912 von einem Ministerialdirektor und 64 Beamten bestimmt. Heute brauchen wir für die schlechte Bildung (Pisa-Studie) 16 Ministerpräsidenten, 16 Minister, 34 Staatssekretäre und 130.000 öffentlich Bedienstete mit einer weiteren Anzahl von sogenannten Bildungsexperten (Professoren), die nichts zustande bringen. Das alles ist eine unerträgliche Geldverschwendung auf Kosten der nachfolgenden Generation.

Fangen Sie endlich an zu sparen. Das gilt auch für die SPD. Bevor Sie Steuern erhöhen, sparen Sie erst einmal bei sich selbst und Ihrer Partei. Warum dürfen reiche Kinder bei uns umsonst studieren?

Denken Sie endlich einmal an unsere Kinder und nicht nur an sich selbst.



Ehrhardt Bödecker

V.i.S.d.P. Ehrhardt Bödecker, Bankier a. D., 16818 Wustrau, Eichenallee 7a.